



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reimann, Georg: Die Verzinsung und Tilgung unserer Kriegsanleihen : ein
offener Brief an Herrn Meier

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vier Regierungsbezirke, sei es in einem Landesproporzwahlkreise, während die anderen 46 Abgeordneten als Vertreter des Arbeitnehmerstandes von den einzelnen Berufskörperschaften zu wählen wären. Damit auch die Bezirksinteressen zu ihrem Rechte kämen, wie das z. B. bei Eisenbahnwünschen und anderen Dingen wünschenswert erscheint, würden die Vertreter sowohl des Arbeitgeber- wie des Arbeitnehmerstandes aber wohl besser nicht im Wege des Landesproporzses als vielmehr in der politischen Einteilung des Landes in Regierungsbezirke entsprechenden kleineren Bezirken gewählt.

Dieses System würde sich ähnlich wie für das Königreich Württemberg auch ganz gut für das Königreich Preußen und seinen Landtag anwenden lassen. Auch für Preußen könnte der Landtag künftig in der Weise zusammengesetzt werden, daß die Hälfte der Abgeordneten Arbeitgeber und die andere Hälfte Arbeitnehmer wären. Und auch hier könnten die Vertreter dieser beiden Stände auf Grund der Einteilung des Landes in Provinzen und Regierungsbezirke gewählt werden, so daß für den einzelnen Abgeordneten eine engere Verbindung mit seinem Wohnsitze und dessen territorialen Interessen erhalten bliebe.

Vielleicht wäre dieses neue Verfahren also doch ein Fortschritt, der die richtige mittlere Linie für beide Teile einhalten würde.



Die Verzinsung und Tilgung unserer Kriegsanleihen

Ein offener Brief an Herrn Meier

Von Rechtsanwalt Georg Reimann



Ihre Jeremiade, Herr Meier, über das finanzielle Elend, das dem deutschen Volke durch die Notwendigkeit, die Kriegsanleihen zu verzinsen und zu tilgen, drohe, war herzerschütternd. Aber ich glaube Ihren Prophezeiungen nicht. Das Vertrauen auf das deutsche Volk und seine Zukunft, das uns draußen der Krieg im Schützengraben gelehrt hat, läßt sich nicht durch ein paar Unkenrufe am Bierische erschüttern. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Volk, belastet mit Kriegsanleihen, die anscheinend ungeheuerlich groß waren, einer blühenden wirtschaftlichen Zukunft entgegenginge. Und was England in den großen Tagen seiner Geschichte gekonnt hat, das kann Deutschland sicher auch. — England?

Sie stutzen, Herr Meier, und schauen mich verwundert an. Nun ja, Herr Meier, England. Sie kennen England finanziell nur als das Land der goldgeränderten Werte mit einer lächerlich geringen Verzinsung seiner Konsols, die trotzdem Pari und höher standen. Aber es sind gerade hundert Jahre her, da stand es scheinbar mit den englischen Finanzen außerordentlich schlecht. Sie glauben mir nicht, Herr Meier? Nun, ich will mich auf einen Kronzeugen berufen, auf einen namhaften und geistreichen, bisweilen freilich etwas einseitigen englischen Historiker. Ich habe hier ein paar Notizen aus Macaulays englischer Geschichte. Darf ich sie Ihnen vorlesen? Ich muß etwas vorausschicken. Sie entsinnen sich vielleicht noch von Ihrer Schulzeit her, daß England in den Jahren von 1688 bis 1815 fast ununterbrochen in blutigen Kriegen mit Frankreich um die Vorherrschaft in Europa gerungen hat. Die Schlacht von Belle-Alliance entschied den Kampf auf ein Jahrhundert endgültig zu Englands Gunsten. Von der Finanzlage Englands während dieses 127-jährigen Ringens weiß nun Macaulay folgende nachdenklichen Tatsachen zu erzählen:

Es war im Januar 1693, als das englische Parlament die Aufnahme der ersten Anleihe in Höhe der uns lächerlich gering erscheinenden Summe von 1 Million Pfund Sterling, mit 10 Prozent verzinslich, beschloß.

„Dies war der Ursprung der Staatsschuld, so führt Macaulay aus, die seitdem das größte Wunder geworden ist, das die Staatsmänner und Philosophen in Verlegenheit gesetzt und beschämt hat. In jedem Stadium des Wachstums dieser Schuld hat die Nation immer einen lauten Angstruf vernahmen lassen. In jedem Stadium des Wachstums dieser Schuld haben kluge erfahrene Männer in allem Ernste versichert, Staatsbankrott und Ruin sei unvermeidlich. Gleichwohl wurde die Staatsschuld immer größer, ohne daß sich die Prophezeiung von Staatsbankrott und Ruin verwirklichte.“

Als der große Kampf mit Ludwig dem vierzehnten durch den Utrechter Frieden beendet wurde, schuldete England etwa 50 Millionen Pfund — also eine Milliarde Mark — und diese Schuld wurde nicht nur von der großen Menge, sondern von scharfsinnigen tiefen Denkern Englands als eine drückende Last betrachtet, die den Staatskörper für einige Zeit lähmen werde. Dessenungeachtet blühte der Handel; der Wohlstand nahm zu; England wurde immer reicher. Dann kam der österreichische Erbfolgekrieg, und die Staatsschuld stieg auf 80 Millionen Pfund. Zeitungsschreiber, Historiker und Redner versicherten, daß nun keine Rettung sei. Und doch hätten sich aufmerksam beobachtende und denkende Männer durch deutliche unverkennbare Zeichen von dem zunehmenden Wohlstand überzeugen müssen. Bald brach der Siebenjährige Krieg aus und unter der energischen Verwaltung des ersten William Pitt, des Verbündeten Friedrich des Großen, stieg die Staatsschuld rasch auf 140 Millionen Pfund. Als der erste Siegesrausch vorüber war, erklärten Theoretiker und Geschäftsmänner fast einstimmig, der verhängnisvolle Tag des Staatsbankrotts sei nun wirklich gekommen. David Hume, einer der angesehensten National-

Ökonomen seiner Zeit, erklärte die englische Finanzpolitik für die größte Tollheit der Geschichte. Man könne mit Zahlen beweisen, daß der Weg zum Nationalruin durch die Staatsschuld führe. Das Ziel sei jetzt erreicht, alle Einkünfte der englischen Insel seien verpfändet. Es wäre besser für England gewesen, von Frankreich und Oesterreich besiegt zu werden, als mit den Zinsen von 140 Millionen Pfund belastet zu sein. Und dabei hätte Hume, der übrigens ein bedeutender Philosoph war, nur die Augen aufmachen brauchen, um überall zunehmenden Wohlstand zu sehen. Die Städte dehnten sich aus, die angebauten Felder mehrten sich, die Märkte wurden zu klein für die Menge der Käufer, die Häfen vermochten die Schiffe nicht mehr zu fassen, Kanäle verbanden die Haupttze der Industrie mit den größten Seeplätzen. Die Beleuchtung der Straßen, die Einrichtung der Häuser war verbessert worden. Schönere Waren lagen in stattlicheren Kaufläden aus. Raschere Fuhrwerke rollten auf besser gepflasterten Straßen dahin.

Adam Smith, dieser wirklich hervorragende Nationalökonom, sah etwas, aber nur etwas weiter. Er gab zu, daß das Volk die ungeheure Last der Staatsschuld wirklich trug und sogar ganz unerwarteterweise unter ihr gedieh. Aber er warnte England vor der Fortsetzung eines so gefährlichen Experimentes. Man habe die äußerste Grenze erreicht; selbst der kleinste Zuwachs der Staatsschuld könne verderblich werden. Ähnlich dachten damals die leitenden Staatsmänner Englands. Sie meinten, man müsse, um die Nation nicht durch die Last einer Verzinsung von 140 Millionen Pfund erdrücken zu lassen, einen Teil der Staatsschuld auf die amerikanischen Kolonien abbürden. Der Versuch wurde gemacht und hatte einen neuen Krieg, den Freiheitskrieg der Vereinigten Staaten von Amerika, zur Folge. Das Ergebnis des Krieges war eine neue Schuld von 100 Millionen Pfund und der Verlust der Kolonien, deren finanzielle Hilfe man für unerläßlich gehalten hatte. Wieder wurde England aufgegeben, und wieder wurde der sonderbare Patient trotz aller Diagnosen und Prognosen der Staatsärzte stärker und blühender.

Belastet mit einer Staatsschuld von 4 Milliarden 800 Millionen Mark, also fast so viel, wie die Kriegsschädigung betrug, die Frankreich 1871 an Deutschland zahlte, trat England in den entscheidenden Kampf mit Frankreich, in die Kriege mit der französischen Revolution und mit Napoleon, ein. Diese Kriege kosteten weit mehr als irgendein Krieg, den die Welt vorher gesehen hatte, und die Kräfte des englischen Staatskredits mußten auf das äußerste angepannt werden. Als 1815 die Welt endlich wieder zur Ruhe kam, betrug die fundierte englische Staatsschuld 16 Milliarden Mark (800 Millionen Pfund). Hätte man im Jahre 1792 dem einsichtsvollsten Nationalökonom Englands gesagt, die Bank von England werde im Jahre 1815 die Zinsen von 16 Milliarden Mark pünktlich auszahlen, so würde er dies als schlechten Scherz verlacht haben. Es war in der Tat für die damalige Zeit eine gigantische Schuld, und es ist nicht zu verwundern, daß der Angstschrei Englands lauter

wurde wie je zuvor. Aber wieder fand sich, daß die Angst unbegründet war. Wie ein eingebildeter Kranker, der immerfort jammert, er müsse vor Entkräftung sterben, bis er so dick und fett wird, daß er endlich notgedrungen schweigen muß, so klagte England, es sei bankrott, bis es plötzlich zu Beginn der Regierung Victorias unbestritten als das reichste Volk der Welt dastand.

Das wollte ich Ihnen aus Macaulays englischer Geschichte erzählen, Herr Meier, und Sie werden mir zugeben müssen, daß die Nutzenanwendung auf unsere Gegenwart nahe liegt.

Aber worin liegt der Fehler, den Hume und Adam Smith und nunmehr auch Sie, Herr Meier, bei Ihren Schlussfolgerungen gemacht haben?

Es liegt ein doppelter Denkfehler vor, sagt Macaulay, und er hat unzweifelhaft recht.

Sie meinen, Herr Meier, es sei ganz gleich, ob ein Mensch dem anderen etwas schuldig ist, oder ob ein Staat einem Teile seiner Staatsbürger einen Betrag schulde. Diese Annahme ist aber irrig und sie führt zu endlosen Irrtümern. Wie Ihnen unsere Volkswirtschaft während des Krieges so eindringlich zeigt, ist wirtschaftlich jeder Staatsbürger ein Teil des Staates, der Staat selbst der Inbegriff sämtlicher Staatsbürger. Die Einnahmen des Staates werden von den Staatsbürgern aufgebracht und fließen ihnen als Ausgaben des Staates in ewigem Wechselspiel wieder zu. Durch Staatsanleihen, die im Lande bleiben, wird der Staat in seinen einzelnen Staatsbürgern Gläubiger, in der Gesamtheit seiner Staatsbürger Schuldner der Anleihen. Eine Überschuldung ist daher, solange die Anleihen im Inlande bleiben, nicht gut denkbar. Denn der Schuld des Staates steht immer das in der Hand der Staatsbürger befindliche Wertpapier gegenüber, mit dem direkt oder indirekt in Gestalt von Steuern und Abgaben die Staatsschuld letzten Endes verzinst und getilgt werden kann.

Es kommt ein zweites Moment hinzu, das zur schnelleren Abbürdung der Staatsschuld führt. Macaulay sagt:

„Hume und Adam Smith hatten irrige Vorstellungen von den Hilfsquellen des Landes. Sie ließen sowohl die immerwährenden Fortschritte aller Erfahrungswissenschaften als die unablässigen Bestrebungen betriebsamer Menschen ganz unberücksichtigt. Sie sahen, daß die Staatsschuld wuchs, aber sie vergaßen, daß andere Dinge ebenfalls und noch schneller wuchsen als die Nationalschuld, nämlich das Nationalvermögen. Sie überschätzten den Druck der Last und unterschätzten die Kraft, welche die Last zu tragen hatte.“

Das deutsche Volk schafft auch jetzt mitten im Kriege täglich und stündlich durch seine Arbeit neue Werte, und diese Werte sind größer als die deutschen Werte, die täglich durch den Krieg verbraucht und vernichtet werden, da dank unseren Truppen und ihren Führern der Krieg im wesentlichen sich im Auslande abgespielt hat und abspielt, und wir daher von einer Vernichtung des Nationalvermögens, wie sie uns der Dreißigjährige Krieg gebracht hatte, und

wie wir sie die Russen bei ihrem Rückzuge 1915 unsinnigerweise im eigenen Lande verüben sahen, verschont geblieben sind. Ist aber erst der Friede da, so wird, selbst wenn es nur ein Hubertusburger ist, — ich glaube, das Wort sagt uns mehr wie die abgedroschene Wendung vom „Scheidemannfrieden“ — das deutsche Volk nach kurzer Erschlaffung rasch wieder die Kraft finden, in demselben Sturmschritt der Entwicklung neue Werte zu schaffen, wie dies vor dem Kriege geschah. Dann werden auch Sie, Herr Meier, rasch Ihre Jeremiaden vergessen haben. Freilich, es wird eine Zeitspanne nach dem Kriege geben, wo auch wir, wie sämtliche am Kriege beteiligten Völker Europas, nach dem drastischen Ausspruche Friedrich des Großen, „wie die Hunde nach einer großen Beißerei da sitzen und uns die Wunden lecken“ werden. Dieser Zeitpunkt der „Übergangswirtschaft“ wird kritisch sein. Denn Sie, Herr Meier, und Ihre Freunde sind leider bereits am Werke, die Regierung zu bestimmen, möglichst rasch nach Beendigung des Krieges, gleich dem ehrbaren Kaufmanne nach einem verlustreichen Geschäfte, das ja leider dieser gewaltige Krieg in Ihren Augen nur ist, die Kosten auf Verlustkonto abzuschreiben. Es ist hier wieder dieselbe Verwechslung des Staates mit dem Einzelindividuum, die Macaulay mit Recht so scharf tadelt. Gerade in diesem kritischen Augenblicke wird der Staat die Steuerkraft seiner Glieder schonen müssen, um die neu erwachende Arbeitslust des Volkes, die ihm neue Werte schaffen soll, nicht im vorhinein zu lähmen. Hier könnte eine verfrüht einsetzende scharfe Steuerpolitik unsäglichen Schaden schaffen, während es kaum von Belang wäre, wenn in den ersten Jahren ein Teil der Zinsen erneut auf Anleihe genommen würde. Ein warnendes Beispiel vor Übereilungen in der Steuerpolitik nach einem derartigen Kriege ist doch sicher die Erzählung Macaulays von Englands Verhalten nach dem Siebenjährigen Kriege, das auch zunächst glaubte, die Staatsschuld nicht tragen zu können, und daher törichterweise sie auf die amerikanischen Kolonien abzubürden versuchte mit dem Gunderfolg, daß es die Kolonien verlor und weitere zwei Milliarden Schulden machte, die es schließlich zusammen mit der alten Schuld leicht trug.

Es gibt aber noch ein drittes Moment, das bei der Abbürdung von Staatsschulden wirksam ist. Auch Macaulay übersteht es. Und doch ist es das wichtigste von allen. Ich meine die Entwertung des Geldes, die sich bei allen Kulturvölkern in einem allmählichen Sinken der Kaufkraft des Geldes äußert, und die bisweilen durch besondere Ereignisse — ich nenne die Entdeckung Amerikas, die Kriege Napoleons, die kalifornischen Goldfunde, und, für uns alle merkbar, der jetzige Krieg — außerordentlich beschleunigt wird.

Sie lachen, Herr Meier, weil ich von einer Entwertung des Geldes durch diesen Krieg spreche, während Ihnen Ihr Bankier gesagt hat, das Geld werde nach dem Kriege sehr teuer werden. Nun, Herr Meier, der Mann kann recht haben. Aber Sie haben mich gründlich mißverstanden.

Wenn Ihr Bankier meint, daß das Geld nach dem Kriege teuer werden wird, so versteht er darunter, daß Geld höhere Zinsen, als gegenwärtig gezahlt werden, beim Darlehnsgeschäft bedingen wird. Das ist aber ganz etwas anderes, als die geminderte Kaufkraft des Geldes, von der ich spreche. Sie klagten ja eben, daß Ihre Köchin höheren Lohn und Ihr Hauswirt höhere Miete verlange, ganz abgesehen von dem Steigen der Preise vieler anderer Dinge, insbesondere der Nahrungsmittel, die durch die kriegerischen Ereignisse direkt bedingt sind.

Sie glauben doch nicht etwa, daß Ihre Köchin sich nach dem Kriege mit dem alten Lohne begnügen und Ihr Hauswirt die Miete wieder heruntersetzen wird?

Sehen Sie, das nenne ich die geminderte Kaufkraft des Geldes. Geld, Gold, ist schließlich eine Ware, wie jede andere auch. Der Mensch hat es zum Wertmesser, zum „Gelde“, gemacht, weil sein Wert gegenüber anderen Waren infolge seiner relativen Seltenheit nur geringen Schwankungen ausgesetzt ist. Das Geld hat nun aber bei allen Kulturvölkern die Neigung, gerade gegenüber den wichtigsten Waren (Gütern) an Kaufkraft allmählich einzubüßen. Sie mußten im Jahre 1900 ein erheblich größeres Stück Gold für einen Scheffel Weizen geben, wie Ihr Urgroßvater im Jahre 1800. Der Tagelohn eines ungelerten Arbeiters ist in dem Zeitraum von 1800 bis 1900 um das Vielfache gestiegen, ebenso der Preis eines Morgen Ackerlandes. Diese Entwicklung ist eine unabänderliche Folge dessen, was die Zeitung „Kulturfortschritte“ nennt. Auf die Gründe will ich nicht eingehen. Es würde zu weit führen. Die Verminderung der Kaufkraft des Geldes ist, an längeren Zeiträumen gemessen, eine ganz gewaltige. Zwei Beispiele: Wie ich aus den Grundakten eines größeren Besitzes in rein landwirtschaftlicher Gegend feststellte, wurde die Besitzung im Jahre 1803 von dem preussischen Fiskus nach eingehender Schätzung für 90 000 Taler verkauft. Eine gerichtliche Taxe im Jahr 1910 ergab einen Wert von über 8 Millionen Mark. In einer anderen rein ländlichen Gegend Preußens mit überwiegendem Kleinbesitz verdoppelte sich der Wert der Grundstücke bereits in der kurzen Zeit von 1900 bis zu Beginn des Krieges. Und nun denken Sie einmal an die Wertsteigerungen des Grund und Bodens in Schöneberg.

Die Folge ist, daß der Wert des Geldes einer nach 50 Jahren zurückgezählten Schuld ein viel geringerer ist, als der Wert bei Hingabe des Darlehns, auch wenn die Rückzahlung in genau den gleichen Münzen, wie die Hingabe, erfolgt. Die Kaufkraft des Geldes ist gegenüber den wichtigsten Gütern inzwischen um ein Mehrfaches gesunken. Die gleichartige, aber viel rascher vor sich gehende Entwertung des Silbers ist seinerzeit mit Recht als entscheidender Grund gegen die Silberwährung ins Feld geführt worden.

Der einzelne Mensch ist in der Regel nicht in der Lage, von dieser Entwertung des Geldes in erheblichem Umfange Nutzen zu ziehen. Die Dauer des menschlichen Lebens ist hierzu zu kurz. Die Mahnung:

„Mensch, bezahle deine Schulden“,

bleibt für den einzelnen bestehen. Ganz anders wird aber die Sache, wenn es sich um Gebilde von so langer Lebensdauer, wie es die historisch gewordenen Großstaaten Europas sind, handelt. Hier spielt die Entwertung des Geldes die Rolle einer langsamen, aber sicheren Seisachtheia, einer Abbürdung der Staatsschulden. Dieser Prozeß ist gerade England in der Zeit von 1815 ab außerordentlich zugute gekommen. Es hatte das unverdiente Glück, daß durch die kalifornischen Goldfunde um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Entwicklung auch noch beschleunigt wurde, so daß die Verwandlung des etwas entkräfteten John Bull von 1815 zu dem dicken und fetten John Bull des Victorianischen Zeitalters für unser rückschauendes Geschlecht verblüffend rasch erfolgte. Aber wenn auch ein gleicher Glückszufall das deutsche Volk in dem nächsten halben Jahrhundert nicht begünstigen sollte, die Entwicklung wird doch im wesentlichen die gleiche sein. Das durch die Entwertung des Geldes bedingte Steigen des Wertes des vorhandenen Nationalvermögens zusammen mit den neu geschaffenen Gütern wird die Verhältniszahl: „Nationalvermögen zu Staatsschulden“ in absehbarer Zeit derartig günstig beeinflussen, daß die heute laut werdenden Befürchtungen noch unserer Generation als lächerliche Übertreibungen erscheinen werden.

Zwei Dinge sind freilich unbedingte Voraussetzung für eine derartige Entwicklung:

Einmal ein Friede, der, wenn er uns nicht den vollen Sieg bringen sollte, wie ihn 1815 England errang, doch zum mindesten ein „Hubertusburger“ sein muß. Wie damals Friedrich der Große die Gleichberechtigung Preußens mit den europäischen Großmächten erzwang, so muß das Deutsche Reich die ihm gebührende Weltmachtstellung mit allem Drum und Dran an Kolonien und Interessengebieten, die eine Weltmacht braucht, uneingeschränkt erhalten. Denn nur dem Starken ist, wie das „ewig Weibliche“ auch das Kapital, das ja vor allem „absolute Sicherheit“ begehrt, hold.

Zweitens eine innere Politik, die nicht durch übertriebene Steuern die Kapitalbildung verhindert, und die nicht aus törichter Sparsamkeit die Löhne drückt, sondern durch vernünftiges allmähliches Herauffsetzen der Arbeitslöhne, wozu der Staat bei uns als größter Arbeitgeber sehr wohl in der Lage ist, die Minderung der Kaufkraft des Geldes und damit die Wertsteigerung des Nationalvermögens und die Abbürdung der Staatsschulden fördert.

